

SPD-Beschluss für Palästina: Ein Neubeginn in der Politik?

Der Palästina-Botschafter in Berlin, Laith Arafah, trifft führende SPD-Politiker zur humanitären Lage im Gazastreifen.



Berlin, Deutschland - Am 28. Mai 2025 fand ein bedeutendes Treffen zwischen dem Palästina-Bevollmächtigten in Berlin, Laith Arafah, und führenden SPD-Politikern statt. Dieses Treffen geschah kurz vor einem Parteitags-Beschluss der SPD, der sich mit der dramatischen Situation im Gazastreifen auseinandersetzte. Der militärische Konflikt, der nach dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 eskalierte, zwingt nun zahlreiche Politiker, über die humanitäre Krise und eine mögliche Lösung nachzudenken. Zur Zeit befinden sich 58 Geiseln in der Hand der Hamas, während Israel militärisch interveniert, um diese zu befreien und die Gewalt der Hamas zu bekämpfen. Die Berichterstattung von **BZ Berlin** hebt die Bedeutung dieser Themen hervor, insbesondere im Hinblick auf

eine verbesserte humanitäre Versorgung in der Region.

Der Landesparteitag der SPD brachte einige weitreichende Beschlüsse hervor. So wurde unter anderem gefordert, die Einfuhr von Hilfsgütern und die medizinische Versorgung Gaza zu verbessern. Darüber hinaus beschloss die SPD, die deutschen Waffenlieferungen an Israel auszusetzen und Palästina als eigenständigen Staat anzuerkennen. Trotz dieser symbolischen Schritte bleibt zu beachten, dass Deutschland Palästina noch nicht offiziell als Staat anerkennt. **Tagesschau** berichtet, dass es zeitgleich auch besorgniserregende Entwicklungen in der Region gibt, darunter ein beispielloser Angriff auf den südlichen Gazastreifen, der zahlreiche zivile Opfer zur Folge hat.

Politische Gespräche und Unterstützung für Gaza

Laith Arafah äußerte sich auf X über den Parteitagebeschluss und bezeichnete ihn als eine echte Zeitenwende. Bei seinem Treffen mit dem SPD-Fraktionschef Raed Saleh und Ex-SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz standen die Diskussionen über die aktuelle Lage in Gaza im Mittelpunkt. Auch der Bundestagsabgeordnete Hakan Demir schloss sich den Gesprächen an und forderte eine stärkere deutsche Hilfe für den Wiederaufbau des Gazastreifens. Demir konnte jedoch keine Informationen über die finanziellen Aspekte des Wiederaufbaus preisgeben. Arafah pflegt regelmäßige Kontakte zu deutschen Politikern, was von der SPD jedoch nicht näher kommentiert werden wollte.

Die humanitäre Situation im Gazastreifen hat sich weiter verschärft: Fast 90 % der Bevölkerung sind Binnenvertriebene, und die grundlegende Versorgung bricht zunehmend zusammen. Der Mangel an Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung ist dramatisch. Deutschland hat seine Hilfe für die Palästinensischen Gebiete seit Oktober 2023 um über 300 Millionen Euro erhöht, um in dieser Krisensituation Unterstützung zu leisten. **Das Auswärtige Amt** hebt hervor,

dass die deutsche Unterstützung hauptsächlich in Form von medizinischer und Nahrungsmittelhilfe erfolgt, inklusive Liefertouren für Lebensmittelkörbe.

Internationaler Kontext und Reaktionen

Die internationale Gemeinschaft reagiert auf die Eskalation der Gewalt. Während mehrere deutsche Politiker, darunter Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, die israelischen Militäraktionen kritisieren, gibt es auch Rückmeldungen von befreundeten Staaten. Die Berichte über tödliche Attacken im Gazastreifen, wobei mindestens 30 Menschen durch israelische Angriffe ums Leben kamen, sind alarmierend. Zudem plant Israel, einen Großteil des Gazastreifens binnen weniger Wochen zu übernehmen, was weiterführende Spannungen in der Region hervorrufen könnte.

In Anbetracht der wiederholten Aufrufe zur Waffenruhe bleibt die Lage unübersichtlich. Irans Entscheidung, die Uran-Anreicherung nicht auszusetzen, und Israels Weigerung, einem neuen Waffenruhe-Vorstoß zuzustimmen, verdeutlichen die Komplexität der Situation. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Entwicklungen in den kommenden Wochen gestalten und ob humanitäre Bemühungen effektiver umgesetzt werden können.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.bz-berlin.de • www.tagesschau.de • www.auswaertiges-amt.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net